

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 11.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf.
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.
Geschäftsinsereate pro Spalt, Zeile oder deren
Raum 25, f. Zahllst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 28. Mai 1904.

Verlag:
A. Bohrborg, Hannover, Steintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Breg, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von Bredt & Böber, Hannover.

13. Jahrg

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tangermünder Zuckerraffinerie.

In dem 12 000 Seelen zählenden Orte Tangermünde a. d. Elbe liegt die große Zuckerraffinerie von Ferd. Meyers Sohn, wohl die größte Zuckerraffinerie Deutschlands. So wie sich von Jahr zu Jahr der Betrieb vergrößerte, ward auch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft vergrößert.

1883 beschäftigte die Firma ca. 350 Arbeiter und Arbeiterinnen, gegenwärtig mindestens 2100. Außerdem ist seit Jahresfrist eine Marmeladenfabrik derselben Firma im Betrieb und im Laufe des Sommers wird eine Schokoladenfabrik eröffnet werden.

Daß der Firmeninhaber eine gewaltige wirtschaftliche Macht repräsentiert seinen Arbeitern, ja dem ganzen Gemeinwesen gegenüber, liegt auf der Hand. Umfomehr, da industrielle Betriebe, die eine nennenswerte Anzahl Arbeiter beschäftigen, nur wenige in Tangermünde vorhanden sind.

Diese wirtschaftliche Macht hat der Firmeninhaber denn auch weidlich ausgenutzt. Die Löhne der Arbeiterschaft sind im Laufe der Jahre statt zu steigen, herabgedrückt worden, die Arbeit selbst ist bedeutend intensiver, anstrengender geworden. Das letztere ward erreicht entweder durch Vervollkommnung der technischen Einrichtung, wodurch die Arbeiter zum schnelleren Arbeiten durch rein mechanischen Zwang veranlaßt werden, oder die Art der Entlohnung — Akkord — peitscht sie auf zur größtmöglichen Verausgabung von Arbeitskraft.

Die einzigsten Tagelohnarbeiter sind die Heizer, die bei 12stündiger täglicher Arbeitszeit 2,75 Mk. erhalten. Die Heizer haben keine Spausen. Im übrigen ist der Zehnstundentag eingeführt. Eine außerordentlich anstrengende Arbeit haben die Sackträger, die den Rohzucker vom Bahnwagen nach dem Stapel zu schleppen und dort aufzustapeln haben. Für diese Arbeit gibt es 2 Pf. pro Sack, der 2 Ztr. wiegt. Da müssen also 150 Säcke vom Bahnwagen gehoben, nach dem Speicher geschleppt und dort gestapelt werden, bevor der Mann 3 Mk. verdient hat. Folglich geht es dann den ganzen Tag im Galopp und des Abends ist der Körper wie zer schlagen. Je höher die Säcke gestapelt werden müssen, desto saurer und gefahrvoller ist die Arbeit. Schon mancher hat seine gesunden Gliedmaßen dabei eingebüßt, wenn der Stapel in der Hast des Arbeitens nicht vorchriftsmäßig gelagert war, zusammenstürzte und die Arbeiter unter sich begrub.

Kastiere im buchstäblichen Sinne des Wortes sind ferner die Kohlenkarren. Nachdem die Kohlen per Strahn den Gbläßen entnommen sind, kommen die Karren dran, die sie bis zum Kesselhaus oder bis zum Lagerraum zu befördern haben. Auf der ganzen Strecke lösen sich 3 bis 4 Karren ab. Kommt der eine mit der vollen Karre an, steht die leere, mit der er allends wieder umzufahren hat, schon für ihn bereit. Da wird nicht aufgeschaut, sich nicht darum gekümmert, was um sie her vorgeht, sondern in voller Hast, als ginge es ums Leben, geht es vorwärts. Schweißbedeckt mit vorgebeugtem Körper gilt es die schweren 4 Ztr. fassenden Karren zu transportieren. Möglichst viele pro Tag, denn für 1000 Ztr. — 120 bis 160 Meter zu transportieren — gibt es 22,50 bis 25 Mk. Daß bei solchem Schuften die Kräfte bald verbraucht sind, nimmt nicht Wunder. Was kümmert es auch die Firmeninhaber, haben sie doch stets Ersatz in Fülle, und die Sorge darum wäre allenfalls das einzigste Motiv, was sie veranlassen könnte, diese maßlose Ausräuberung der Arbeitskraft zu beschränken.

Nicht besser als diesen Arbeitern geht es den in der Fabrik mit der Herstellung des Zuckers Beschäftigten. Hier ist ebenfalls alles Akkord im Gegensatz zu früher, wo wenigstens im Tagelohn gearbeitet wurde. Die Firma macht bei dieser Art der Entlohnung ein Bombengeschäft, wie wir noch sehen werden. In der Fabrik C, wo vornehmlich Rohzucker eingemaischt wird, um zu Kristallzucker verarbeitet zu werden, ist der Akkordlohn allmählich um 37,5 Prozent heruntergedrückt worden. Ursprünglich gab es 12 Pf. pro Sack zu verarbeiten, jetzt nur noch 7 Pf. Vor 1897 war derselbe bereits auf 7 Pf. gesunken; durch die damalige Lohnbewegung ward er wieder auf 7 Pf. erhöht. Es werden hier täglich 1000 bis 1120 Sack Zucker von 21 Arbeitern verarbeitet. Durch außerordentlich angelegte Arbeit bei hoher Temperatur bringen es die

Arbeiter auf 3,57 bis 3,88 Mk. pro Tag. Dem Aushenstehenden, der nicht weiß, wach' geradezu mörderische Arbeit hier zu verrichten ist, erscheint es daher immer noch als ein annehmbarer Verdienst.

In der Fabrik B, wo in den Zentrifugen erstes Produkt geschleudert wird, welches den Würfelzucker gibt, tritt die im Laufe der Jahre gewaltig gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter durch Einführung des Akkordlohnes am deutlichsten zu Tage. Hier erhielt früher der Arbeiter pro Tag 2,50 Mk. Tagelohn, jetzt verdienen die Arbeiter im Akkord 3,50 bis 4,90 Mk., und dabei spart die Firma pro Tag und Kopf des Arbeiters 1,50 Mk. bis 2,10 Mk. Früher im Tagelohn hatte nämlich ein Arbeiter in einem Tage 50 Zentrifugen auszuschnöpfen. Jede Zentrifuge hielt 2 Zentner Masse; er hatte also 100 Zentner Masse zu verarbeiten. Jetzt sind die kleinen Zentrifugen durch große ersetzt, die 6 Zentner Zucker zu gleicher Zeit schleudern. Die Arbeiter, drei an der Zahl, schöpfen pro Tag 100 bis 140 Zentrifugen aus, macht 600 bis 840 Zentner pro Tag, die drei Personen verarbeiten, eine Person also 200 bis 280 Zentner, gegen 100 Zentner von früher. Der Akkordlohn beträgt 14 Pf. pro Zentrifuge. In diesen Lohn hat sich aber mit ihnen ein vierter Arbeiter, der die Zentrifugen füllt und deckt, zu teilen, während derselbe früher von der Firma extra bezahlt wurde, als es Tagelohn gab. Zwei- bis dreimal so angestrengt ist also die Arbeit dieser Leute geworden, aber keineswegs ihr Lohn dementsprechend gestiegen. Was sie bei ihrem gesundheit-mordenden Schuften ein Mehr verdienen, steckt schmuzelnd die Firma ein und wahrt nach außen noch den Schein, als seien die Löhne gestiegen, während das genaue Gegenteil der Fall ist. Wenn irgendwo, so wird hier der schlimmste Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft getrieben. Leider erkennen es die Meisten erst, wenn es zu spät ist, wenn sie, im besten Mannesalter stehend, den Verbrauch ihrer Kräfte konstatierend, sich invalide melden müssen oder mindestens sich nach leichterem und daher natürlich schlechter gelohnter Arbeit umsehen müssen.

An den Kristallzentrifugen in B, die je 4 Zentner Masse fassen und von denen täglich 90 Zentrifugen von drei Personen bearbeitet werden, wird ebenfalls 14 Pf. bezahlt. Hier bringen es die Arbeiter also nur auf 3,20 Mk. pro Tag, obgleich diese Arbeit besonders erschöpfend ist, da mit direktem, doppeltem Dampf geschleudert wird, die Temperatur also eine besonders hohe ist. Beim Nachprodukt im Keller sind die Löhne gar um 60 Prozent gesunken. Das Nachprodukt wird gewonnen durch Kristallisierung der vorher getochten Masse. Diese Kristallisierung wird vollzogen in großen, 4 Meter hohen Bassins, unter welche der Dampf vermittels eiserner Rohre geleitet wird. 40 Grad R. ist die gewöhnliche Temperatur. Aus den großen Bassins wird die Masse durch eine viereckige Deffnung in kleinere Kästen gelassen, um dann per Karre nach der Maise befördert zu werden. Ist das Bassin so weit geleert, daß die Masse nicht mehr von selber treibt, muß ein Arbeiter hineinstiegen, um mit der Brechstange und Schuppe die Masse zu lösen und heraus zu befördern. Der Mann, obgleich nur mit einer leichten Hose bekleidet, treibt geradezu im eigenen Schweiß.

Für ein solches Bassin zu entleeren gab es früher 80 Mk., heute nur noch 32 Mk. Wie geradezu unmenschlich derjenige schuften muß, der trotzdem verdienen will, was ein halbwegs menschenwürdiges Dasein ermöglicht, wird man darnach ermessen können.

Ristenbauer und Ristenagler sind ebenfalls nicht verschont geblieben von den Lohnabzügen. Um 25 bis 30 Proz. ist auch diesen Arbeitern allmählich der Lohn gekürzt worden. Nicht besser geht es den Arbeiterinnen, zirka 600 an der Zahl. Die Zuckerpaderinnen, die den Würfelzucker in Risten, die einen Zentner fassen, packen müssen, die die vollen Risten zu zweien von der Knippsmaschine bis zur Wage zu schleppen haben, erhalten pro Riste 8 Pf., früher 10 Pf., also auch ein Lohnabzug von 20 Proz. Das Sackstopfen besorgen die Frauen meistens daheim. Für 100 Säcke wurden früher 2 Mk., jetzt nur noch 70—80 Pf. bezahlt.

Überall also Lohnabzug, überall Akkord. Jeden Lohnabzug haben bis jetzt die Arbeiter wohl murrend, im übrigen jedoch ruhig hingelassen. Jeder Lohnabzug hat sie aufpeitscht zum intensiveren Arbeiten, zum schnelleren Verschleiß ihrer Kräfte, zur rapideren

Bernichtung ihrer Gesundheit. Damit leider auch zur Vernichtung ihrer Energie, ihrer Widerstandskraft u. Widerstandslust. Davon legt nur zu deutlich Zeugnis ab die verhältnismäßig kleine Zahl Organisierter. Um so leichter war es daher auch dem Firmeninhaber, einfach die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktiert. Die Lohnreduzierungen im allgemeinen genügend ihm deshalb auch nicht mehr. Er hatte bald entdeckt, daß im Winter die Arbeiterliste weit reichlicher zu haben sind denn im Sommer. Unter günstige Umstände durfte nicht ungenützt vorübergehen. Flugs dekretierte er: **Im Winter müssen sämtliche Arbeiter 10 Prozent billiger arbeiten.** Also im Winter, wo jede Arbeiterfamilie mehr Ausgaben hat denn im Sommer: für Feuerung, Licht, wärmere Kleidung, kräftigeres Essen usw., da regnet's abermals Abzüge. Und warum? Weil's dem Herrn so gefällt, und — seine Lohnsklaven es sich ruhig gefallen lassen. Die Firma holt dadurch mindestens 3000 Mark allwöchentlich aus den Taschen der Arbeiter. Ob dadurch die Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter beschleunigt wird, was kümmert's sie. Wader ist man seitens der Firma bemüht, immer neue Arbeitskräfte, die als Ersatz der alten, verbrauchten dienen können, heranzuziehen. Am liebsten nimmt man da solche Arbeiter, deren Bedürfnislosigkeit groß ist und die den gezahlten Lohn noch hoch finden und die dafür zu leistende Schusterei als etwas Selbstverständliches betrachten. Damit diese Lohnsklaven aber heileibe nicht „begehrlich“ werden, sind seitens der Firma Katern erbaut worden, Kantinen errichtet, in welchen die Männer für 4,20 Mark, die Mädchen für 3,50 Mark pro Woche Kost und Logis erhalten. Die Logis sind natürlich Massenquartiere, die nicht nur jedweden Komforts, jeder Bequemlichkeit, sondern leider nur zu oft auch der notdürftigsten Reinlichkeit entbehren. Drei Mahlzeiten: morgens Kaffee und Brot, Mittagessen und Abendbrot werden geliefert. Was für obige Summe, 60 Pf. pro Tag für den Mann, 50 Pf. für die Frau (wenn man nichts für Logis abzieht) geliefert werden kann, braucht nicht des näheren dargetan zu werden. Das Essen sei, so wurde uns von glaubwürdiger Seite berichtet, weder schmackhaft noch nahrhaft. So wird also von seiten der Firma alles getan, um die Arbeiter auf der niedrigsten Kulturstufe zu erhalten, bezw. herabzudrücken. Erklärlich genug: bedürfnislose Arbeiter sind billig und willig! Demen kann man auch vorschreiben, daß sie um 10 Uhr abends daheim sein müssen. Was ist nun die Folge einer solchen Lebenshaltung? Entweder stumpft die harte, angestrengte Arbeit bei der hohen Temperatur die Menschen so ab, daß sie des Abends übermüdet aufs Lager sinken und vollständig indolent und gleichgültig werden, nichts weiter als Bastiere sind, oder aber sie suchen sich durch den Alkoholgenuss für Momente das Gefühl des Behagens des höheren Lebensgenusses vorzutauschen, und versumpfen um so schneller; andere werden von der Habgucht befallen, glauben sich ein „Vermögen“ ersparen zu können und werden, meistens leider zu spät, aus ihrem Wahn emporgeschreckt durch Krankheit oder Kräftelosigkeit, die ihnen zeigt, daß harte Arbeit und unzureichende Ernährung auch die festeste Körperkonstitution vernichtet.

Und wie leicht wäre es den Arbeitern gerade in diesem Betriebe, gründlich Wandel zu schaffen, das wahnsinnige, mörderische Schuften in vernünftiges Arbeiten umzuwandeln und höhere Löhne zu vereinbaren, wenn — sie sich einig wären. 1897 war die inszenierte Lohnbewegung eine völlig planlose, ein Teil nur organisiert, und doch wurden Lohnabzüge rückgängig gemacht und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung durchgeführt. Was würde da erst möglich sein, wenn die Mehrzahl der Arbeiterschaft organisiert wäre und geschlossen und planmäßig vorgegangen würde. Bedenkt einmal, welcher Wahnsinn daraus spricht, daß sich 2100 Arbeitsbienen von nur einer Drohne, und zwar ihrem Firmeninhaber, vorbeschreiben lassen müssen zu welchen Bedingungen sie arbeiten und welche Lebenshaltung sie führen sollen. Welche Macht repräsentieren doch diese 2100 Arbeiter, wenn sie zusammenstehen, wenn sie einig sind.

Darum seid einig! Schließt die Reihen unserer Organisation, agitiert für dieselbe jederzeit und allerorts, und wenn ihr dabei auf Kleinmütige und Ungläubige

foht, so zeigt ihnen, welch' erbärmliches Skavenleben ihr jetzt führt und zeigt ihnen ferner, wie es sein könnte, wenn ihr nur gemeinsam wöllt. Ich bin überzeugt, sie alle werden dann wollen. Dieser gemeinsame Wille, etwas mehr denn Brosamen vom Tische des Lebens zu erhaschen, er wird unsere Kollegen und Kolleginnen antreiben, als Organisierte den Kampf zu führen um eine bessere Lebenshaltung, und dann wird dieser Kampf auch ein erfolgreicher werden.

Louise Zieg.

Zur Lage der Arbeiterinnen in den Fischkonservenfabriken in Harburg.

Bei der Etatsberatung des Reichsamts des Innern im Reichstage stimmten die bürgerlichen Parteien ein großes Loblied an auf die Arbeiterschuttsgebung in Deutschland. Nirgends, so sollte man glauben, gehe es den Arbeitern und Arbeiterinnen besser als im Deutschen Reiche, und doch grinst das Gland aus allen Fugen. Die Vertreter der Arbeiter konnten diese Seifenblasen sehr leicht zum Platzen bringen, indem sie in Hunderten von Fällen die Unzulänglichkeit der vielgepriesenen Sozialreform nachgewiesen haben. Einer derjenigen Industriezweige, wo die Arbeiterinnen ganz besonders unter den misslichen Arbeitsverhältnissen zu leiden haben, ist die Fischkonservenindustrie. Hier gibt es eine solche Menge von Missständen, daß im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen unbedingt durchgreifende Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen erlassen werden müssen. Mit wenigen Ausnahmen werden nur Arbeiterinnen beschäftigt, die für einen Lohn von 1,75 Mk. pro Tag bei 9 1/2 und 10stündiger Arbeitszeit die außerordentlich schwere und ungesunde Arbeit sehr oft im Freien verrichten müssen. Die Räume sind sehr oft nur ungenügend geheizt und sehr häufig müssen die Arbeiterinnen im Freien arbeiten, wo sie den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. Ganz besonders gesundheitschädlich empfinden die Arbeiterinnen das Stehen beim Ausgräten der Fische. Diese Arbeit könnte ebensogut im Sitzen verrichtet werden, wenn nur die Unternehmer verpflichtet würden, für ausreichende Sitzgelegenheit zu sorgen. Die zur Verarbeitung kommenden Fische sind immer naß und manchmal sogar zusammengefroren, wobei die Arbeiterinnen sich nicht selten Verletzungen an den Händen zuziehen. Solche kleinen Verletzungen sind sehr schmerzhaft, zumal häufig Salz und Essig in die Wunden hineinkommt. Für die Gesundheit der Arbeiterinnen außerordentlich schädlich ist auch der Umstand, daß die Kleider stets feucht und naß sind. Es gibt eine ganze Anzahl Arbeiterinnen, die den ganzen Winter mit Erkältungen behaftet sind.

Wie rigoros die Unternehmer vorgehen, beweist folgender Vorfall: Einer der größten Arbeitgeber hatte den Arbeiterinnen während der Mittagszeit nicht einmal den Speisesaal zur Verfügung gestellt. Die Arbeiterinnen sahen sich gezwungen, soweit sie des Mittags ihre Wohnungen nicht erreichen konnten, in den bei der Fabrik liegenden Häusern Unterkunft zu suchen, um wenigstens gegen Kälte geschützt zu sein. Für die Unterkunft mußten die Arbeiterinnen pro Mittag 10 Pfennig bezahlen. Der Unternehmer hatte sich von den Arbeiterinnen durch Unterschrift bestätigen lassen, daß sie den Speisesaal nicht benutzen durften. Selbst die Aufforderung des Gewerbeinspektors, den Arbeiterinnen den Speisesaal zur Verfügung zu stellen, fand keine Beachtung. Der Unternehmer erhielt hierauf eine Strafe von 150 Mk., welche aber vom Schöffengericht auf 25 Mk. ermäßigt wurde.

Auch die Behandlung der Arbeiterinnen in der Fischkonserven-Industrie ist außergewöhnlich roh. Die Arbeiterinnen werden mit Schimpfwörtern belegt, welche die schwersten Beleidigungen enthalten. Das Koalitionsrecht existiert in zwei der größten Fabriken für die Arbeiterinnen überhaupt nicht. Die Arbeiterinnen müssen durch Unterschrift erklären, daß sie keiner Organisation angehören wollen. Daneben wird auf den Arbeitsplätzen eine eifrige Schmeichelei betrieben, ob nicht die Butterbrote der Arbeiterinnen in ein Parteiblatt oder Gewerkschaftszeitung eingewickelt sind. Die Ausbeutung der Arbeiterinnen wird dadurch noch ganz besonders begünstigt, daß für die Fischkonservenindustrie bezüglich der Arbeitszeit Ausnahmeverordnungen bestehen. Außer der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit von 11 Stunden täglich für Arbeiterinnen über 16 Jahre, an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage 10 Stunden, kann dem Unternehmer gestattet werden, Arbeiterinnen über 16 Jahre bis zu 13 Stunden täglich, außer des Sonnabends, an 40 Tagen im Jahre zu beschäftigen. Die Erlaubnis wird den Unternehmern von den Behörden bereitwilligst gegeben, obwohl gerade die lange Arbeitszeit von großem Nachteil für die Gesundheit der Arbeiterinnen ist.

Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Erkrankungen in vier Betrieben:

Monat	Durchschnittszahl der Arbeiterinnen	Erkrankungen	Prozent
Oktober	555	69	12,4
November	530	67	12,5
Dezember	453	75	16,5
Januar	335	102	25,8
Februar	341	73	21,3

Zu berücksichtigen ist, daß eine ganze Anzahl Erkrankungen nicht festgestellt werden konnten, weil die Erkrankung erst nach der Entlassung eingetreten ist. Angesichts dieser Zustände sollte der Bundesrat hinsichtlich Bestimmungen erlassen, daß den Unternehmern in der Fischkonserven-Industrie nicht mehr gestattet

werden darf, Arbeiterinnen über die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit von 11 Stunden beschäftigen zu dürfen. Aus den vorstehenden Zahlen geht deutlich hervor, welche Wirkung die lange Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeiterinnen anrichtet. Auch die stärksten Arbeiterinnen müssen bei einer Arbeitszeit von 13 Stunden täglich Schaden an ihrer Gesundheit erleiden.

Die oben aufgeführten Erkrankungsfälle sind hauptsächlich Magenkrankungen, Lungenerkrankungen, Rheumatismus, Unterleibsleiden und Weingeschwüre. Um die Missstände in der Fischkonserven-Industrie zu beseitigen, ist in erster Linie eine durchgreifende und unermüdete Kontrolle durch die Gewerbeinspektion notwendig. Diese sollte sich darauf beziehen, daß eine bessere Sauberkeit in den Betrieben angebahnt wird.

Die größte Sauberkeit muß schon in Rücksicht auf das konsumierende Publikum verlangt werden. Bisher ist es häufig vorgekommen, daß die verwesten und jauchigen Teile tagelang in den Betrieben liegen geblieben sind und einen üblen Geruch verursachen.

In einem Betriebe wurden Fische verarbeitet, die teilweise voller Maden waren und einen derartigen Geruch ausströmten, daß drei Arbeiterinnen, die mit der Verarbeitung beschäftigt waren, von dem Geruch erkrankten und nach ihren Wohnungen gebracht werden mußten. In solchen Fällen wäre es auch angebracht, wenn die Behörden und Gesundheitskommissionen sofort eingreifen wollten.

Bei der Herstellung von Nahrungsmitteln muß auch hinreichend für Waschwasser gesorgt werden. Hieran mangelt es aber in allen Betrieben. Die Arbeiterinnen sind gezwungen, die bei der Arbeit benutzten Gefäße beim Waschen mit in Anspruch zu nehmen. Badegelegenheit ist in keinem der Betriebe vorhanden, und doch wäre eine solche Einrichtung eine dringende Notwendigkeit. Auch die Umkle- und Speiseräume entsprechen kaum den minimalsten Anforderungen. Eine durchgreifende Kontrolle der Arbeitsräume in den Fischkonservenfabriken wäre deshalb sehr am Platze.

H. M.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neuer Optimismus. — Festigung des Stahlwerksverbandes, Beziehungen zu Belgien und England. — Kohlen-Syndikat, deutsche und ausländische Kohlen. — Die Lage der Elektrizitätsindustrie.

Man rechnet auf gutes Geschäftswetter für die nächste Zeit. Ist diese Stimmung einmal vorübergehend, so fürchtet man auch von ein paar dunklen Wolken nichts, mögen sie sich erst am Horizont anfühlend oder mögen sie einem sogar schon über dem Kopfe sehen. In Amerika ist zwar im allgemeinen die starke Industriepanik bisher nicht gewichen — aber was tut das uns, wir haben im Augenblick die erleichternde Warenabstufung nach den Vereinigten Staaten nicht mehr so nötig, wie vor ein oder zwei Jahren. Jammer von neuem erwachen Besürchtigungen, daß der östliche Krieg und die ganze internationale politische Lage Anlaß zu ausgedehnten Zusammenschüssen zwischen den Mächten geben könnten; selbst in Stanzler- und Kaiserreden fehlen die „ernsten Symptome“ und die Hinweis auf kriegerische Zukunftsmöglichkeiten nicht — indes man nimmt das ziemlich gleichgültig als bloße rhetorische Würze hin, oder als Einleitung einer neuen Agitation für profitable Küstungsfrüherungen zu Wasser und zu Lande. Gelegentlich ereignet sich noch immer ein peinlicher, persönlicher Zwischenfall; so kürzlich Ende April, unter Hinterlassung von 8-9 Millionen Schulden, der Kommerzienrat Julius Ribbert, seither in Hünenberg bei Hohenlimburg, in Eddingen in Schlessen verlebte der Inhaber der Bankfirma A. Davids wegen Vermögensverlust Selbstmord — doch was kommt es auf einen durchgebrannten Kommerzienrat und einen verachteten Bankier mehr oder weniger an!

Dieser Optimismus geht im wesentlichen von den Montan-gewerben aus. Vor allem der Stahlwerksverband und seine Festigung hat beim Kapital neue Hoffnungen genährt. Das Frühjahrsgeschäft ist hier immer das beste des ganzen Jahres; diesmal mag die Zunahme der Bestellungen noch besonders bemerkbar sein, weil die Händler und die produktiven Verbraucher bis zur Entscheidung der Verbandsfrage doppelt zurückhaltend blieben. Dazu tritt der Erfolg gegenüber dem Phönix (in Saar bei Ruhrort), dessen Widerstreben nunmehr völlig überwunden ist. Der Verband hatte Ende April offenbar die entscheidende Generalversammlung in Köln bereits völlig durch Aktienkauf in den Händen. Selbst das Wort des Generaldirektors Kamp, der vor dem Anschluß des Werkes warnte und das ganze Anlagekapital für die letztjährigen Erweiterungsarbeiten als verpulvert hinstellte, galt nichts mehr; die Aktionäre beschlossen mit starker Mehrheit die Annahme der Offerte des Verbandes, als dessen Wortführer Herr Rindorf-Wachen selber erschienen war. Zudehrat und Bestätigung, die Entzweiung verhältnismäßig günstiger Anteilbedingungen und Drohungen mit Zwangsmittelregeln seitens der Brennholz- und Kohlenliefernden verbündeten Syndikate, dazu die Aktienkäufe durch die Bundesgenossen unter den Großbanken haben offenbar der Verbandsleitung die Wege gebahnt.

Was wird nun aus dem vorbereiteten belgischen Stahlwerksverband werden und wird er in der Tat mit dem deutschen Verband in Eintracht zusammenwirken? Das letztere scheinen andere Rindorf- und Genossen als sicher zu betrachten, denn die Syndikatspresse ließ wiederholt verlauten, man bringe von beiderseitiger Seite auf Beilegung der Entscheidung. Im allgemeinen rechnet man auch auf eine Einigung in Belgien. Was bei uns Krupp und der Phönix waren, das ist in Belgien die Gesellschaft Sambre et Moselle, die 12 000 Tonnen monatliche Produktionsleistung verlangt und nur 10 000 Tonnen zugebilligt erhalten soll. Ähnlich wie bei Krupp dürfte man den Kurs wählen, daß für die künftige Produktionssteigerung dem Werke bestimmte Vorrechte zustehen sollen.

Eine umfassende englische Verbandsbildung für Stahlwerke scheint jedoch in recht weitem Maße zu liegen. Im Gegenteil, in dem ziemlich embryonalen schottischen Stahlverband haben sich bereits schwere Streitigkeiten zwischen den Großen und Kleinen erhoben, da letztere sich bei Verteilung der Aufträge geprellt glauben; man will zwar von der Befugnis, Ende Juni den Vertrag abzuschließen zu lassen, nicht Gebrauch machen, doch ist die Endfrist vorläufig nur bis Jahresabschluss verlängert, um in der Zwischenzeit eine neue Grundlage für eine Vereinbarung zu suchen.

Im großen und ganzen scheint sich aber die Produktion auch in England nunmehr rascher zu beleben; der „Statist“ spricht sogar schon von einer „wunderbaren Besserung“ im Schiffsbau, der gerade in England durch seinen Bedarf mak-

gebend für große Produktionszweige ist und auch einen bedeutendsten Gradmesser für die industrielle Gesamtlage bildet. Die zweimalige Verabfolgung des Diskonts der englischen Bank (am 14. April von 4 auf 3 1/2 Prozent, am 21. April auf 3 Prozent) dürfte durch leichtere Erschließung von Reiskapital gleichfalls den produzierenden Kreisen wesentlich zugute kommen; auf jeden Fall verleiht sie die vorwiegende zuversichtliche Stimmung. Allmählich beginnen dann auch die Arbeiter, für Beseitigung der erlittenen Lohnkürzungen und für Lohnsteigerungen einzutreten.

Das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat steht nach seiner Erneuerung und kräftigeren Organisation den Auslandsmarkt und die Kohlenindustrie ins Ausland mit verdoppelten Kräften zu pflegen. Nach Zeitungsmitteilungen hat es vor einigen Monaten in Marseille eine Filiale errichtet, die sich dem Verkauf von Bunkerkohlen an die Schiffe widmen soll. In Gmden soll eine Werkfabrik für den Export gebaut werden. In Hamburg hat sich unter der Firma „Deutsches Kohlendepot“ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausgetan, die eine Verbindung des Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerika-Linie und einer Reihe anderer großer Reedereien ist, zu dem Zwecke, ihre Schiffe im Auslande mit Kohle zu versehen. Das Kohlen-Syndikat ist mit der Hälfte des Kapitals beteiligt. Das Depot hat bisher Niederlassungen in Port Said und Algier und wird demnächst eine in Madaira errichten. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft muß zur Hälfte aus Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern des Kohlen-Syndikats bestehen. Danach scheinen die gelegentlichen kleinen Feindschaften zwischen den Großreedereien Hamburgs und Bremens und dem Syndikat endgültig begraben. Und auch der deutschen Rüste sind, mit Unterstützung von Ausnahmestärken der Eisenbahnen, unsere Grubenlords dem englischen Kohlenabsatz hart auf der Ferse. So veröffentlicht der britische Konsul in Stettin seinen Bericht, wonach die Einfuhr englischer Kohle nach Stettin in den letzten drei Jahren aufsehenswürdig zurückgegangen ist — allerdings wesentlich beim Anthrazit für den Hausbrand, wobei wohl die milden Winter von 1902 und 1903 eine Rolle spielen. Die Gesamteinfuhr britischer Kohle betrug nämlich in Stettin:

Jahre	englische Tonnen
1901	682 803
1902	522 759
1903	510 988

Ein ähnlicher Kampf spielt sich gegenwärtig zwischen der böhmischen und der mitteldeutschen, vor allem der niederschlesischen Braunkohle ab. Aus Oesterreich-Ungarn sind im ersten Vierteljahre 1904 80 000 Tonnen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres nach Deutschland eingeführt worden. Obwohl die späte Eröffnung der Elb-Schiffahrt dabei stark mitwirken mag, so drängen die böhmischen Interessenten doch nach Kräften auf Vergünstigungen beim Eisenbahntransport hin. Die niederschlesische Braunkohlenindustrie kündigt darauf einen „Zusammenschluß zu gemeinsamer Abwehr“ an, und natürlich machen auch sie dem Staate Vorwürfe über Knickigkeit in Transporterleichterungen.

Günstig lauten ferner die Berichte aus der Elektrizitätsindustrie. Gerade in den Berg- und Hüttenwerken scheinen sich große Betriebsumwälzungen unter Veranlassung der elektrischen Kraft vorzubereiten und durchzuführen. Die Abfallgase der Koks- und Hochofen werden durch Vermittlung des Gasmotors oder elektrischer Kraftübertragung dienstbar gemacht. Der Betrieb der Schachtförderungsanlagen, die Wasserhaltungen der Bergwerke greifen immer mehr zur elektrischen Kraft. Ähnlich entwickelt sich die elektrische Kraftübertragung in den Walzwerken. Die Vorgänge des elektrischen Betriebes — schrieb kürzlich ein Fachmann in der „Woll. Ztg.“ — spielen hier vor allem in der nunmehr gegebenen Möglichkeit, auch die schweren Arbeitsmaschinen in das Netz der Zentralstation einzugliedern. Weitere Vorteile liegen in der Gleichförmigkeit der Walzwerksleistung, die bei dem elektrischen Betriebe je nach dem augenblicklich vorliegenden Walzprogramm in weiten Grenzen verschieden gewählt, dann aber absolut fest eingestellt werden kann; ferner zeichnet das elektrische Walzwerk die Unabhängigkeit der einzelnen Straßen von einander aus. Die A. E. G. (die Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft) hat bisher 30 Antriebe von Walzenstraßen ausgeführt. Die Vorgänge der elektrischen Betriebsvorrichtung in Walzwerken sind so in die Augen springend, daß diese Werke im Laufe der Zeit wohl allgemein zu ihr übergehen werden. Bisher sind nur wenige große Walzwerke im Besitz ausgebaute elektrischer Zentralanlagen. — Endlich bietet sich als neues großes Zukunftsfeld der Turbinenbau und die elektrische Schneebahn. Wie es heißt, liegt nunmehr in Preußen zum erstenmal ein größeres ausgebautes Eisenbahnprojekt vor: für die Verbindung zwischen Halle und Berlin, bei einer vorläufigen Geschwindigkeit von 60 bis 80 Kilometern. Auf jeden Fall wird ein allgemeiner Aufschwung wieder von allen Seiten in erster Linie der Elektrotechnik Aufträge zuführen.

Zum Ausbau unserer Organisation.

In Nr. 2 vom 23. Januar 1904 hat ein Kollege X. über den Ausbau unserer Organisation geschrieben; dem entgegenwärtigen Anschauungen kann man wohl Zustimmung geben. Jedoch hat diese Ansicht, wie bei jeder neuauftauchenden, ihren Beifall und ihre Mißbilligung erfahren. Wie es mir scheint, hat der Kollege F. Nowig, Brunsbüttelkoog, ganz falsche Anschauungen vertreten. Aber es gibt noch einen großen Teil Kollegen, die seine Richtigkeiten teilen und deshalb ist es wert, darauf einzugehen. Kollege Nowig, schreibt, daß die Anstellung von besoldeten Gauvorsitzenden gar nicht notwendig wäre, nach seiner Ansicht hätte doch ein Gauvorsitzender hauptsächlich nur Korrespondenzen und sonstige schriftliche Arbeiten zu erledigen. Diese Arbeiten hätten auch andere Kollegen zu bewältigen, die keine Gauvorsitzenden wären, aber sonstige Ämter für den Verband bekleideten. Und diese Kollegen machten ihre Arbeiten nach Feierabend und bekämen für außergewöhnliche Arbeiten extra entlohnt. Ebenso könnten es die Gauvorsitzenden auch machen, da sie doch für Arbeitsversumnissen ebenfalls schon extra bezahlt bekämen. Er meint dann weiter, was aber den jetzigen Gauvorsitzenden die Arbeiten wirklich zu viel würden, dann könne man ja die Gause einfach teilen und den Sitz des Gauvorstandes in die Mitte des Gaus legen, dann brauchten wir nach seiner Ansicht keine besoldeten Gauvorsitzenden und sparten dadurch viel Geld. Wenn der Kollege sich klar geworden wäre über die Arbeiten, die ein Gauvorsitzender zu erfüllen hat, dann hätte er weder den Vergleich zwischen den Arbeiten eines Gauvorsitzenden und den eines Bevollmächtigten gezogen, noch wäre er zu seinen Schlussfolgerungen gekommen.

Wie kam es überhaupt, daß die einzelnen Gewerkschaften Gause einrichteten? Einfach deshalb, weil mit der Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung die Zentralvorstände nicht mehr imstande waren, die Agitation, Organisation, Lohnbewegungen usw. allein leiten zu können. Man weiß man aber doch, daß an die Spitze der Gause auch Leute gestellt werden müssen, die es auch erst mit dem anvertrauten Komitee nehmen, denn sie haben nicht nur Korrespondenzen zu erledigen, sondern 1. die Agitation in ihrem Gau zu betreiben, 2. bei bevorstehenden Arbeits-Einstellungen und eingetretenen Auspöcherungen die Interessen des Verbandes zu wahren, 3. auf Ansuchen des Verbandsvorstandes oder aus eigenem Antriebe dem Vorstande Unterstützung über die Vorgänge und Verhältnisse in den dem Gau angehörigenden Zählstellen zu erteilen, 4. auf Anordnung des Vorstandes Revisionen der Zählstellen vorzunehmen. Dazu kommen noch die Aufgaben, die ihnen die Gauvorsitzenden geben, besonders Aufnahme von Lohn- und Arbeits-

bedingungen. Zur Verrichtung all dieser Arbeiten gehört Zeit. Mit der Entwicklung der Gewerkschaften vermehren sich die Arbeiten. Man möchte ich einmal die Frage aufwerfen, ob ein Kollege, der einen solchen Posten inne hat, in der Lage ist, dauernd Arbeit bei einem Privatunternehmer zu finden? Ein Unternehmer würde sich bedanken, einen solchen Kollegen, der sehr oft der Arbeit fern bleiben muß, zu beschäftigen.

Nun zu einem anderen Vorschlag des Kollegen Bowitz: die Gasse zu teilen, wenn die Arbeiter den Gassenvorständen zu viel werden. Der Vorschlag scheint ja ganz annehmbar auf den ersten Blick, aber wie gestaltet er sich in der Praxis? Würde sich die erforderliche Anzahl Kollegen zur Befugung der verschiedenen Gassenvorstände finden? Nein! Es macht heute schon Schwierigkeiten, in den Provinzialstädten die ersten Bevollmächtigten zu finden, welche nicht einmal ein Viertel der Arbeit zu erledigen haben wie ein Gassenvorstand.

Soll sich unsere Organisation ausbauen, ausdehnen, dann müssen wir Kollegen anstellen, die vollständig unabhängig sind, die ihre freie Zeit der Organisation zur Verfügung stellen. Und da hilft alles Drehen und Winden nichts, wir müssen, ob wir wollen oder nicht, besoldete Gassebeamte anstellen, wenn wir fortzuschreiten wollen.

Nun zur Anstellung von Beamten für die größeren Zahlstellen unseres Verbandes.

Nebenbei sei hier bemerkt, daß in bezug auf die Anstellung von Lokalbeamten der Verbandstag gar nicht kompetent ist, hier in dieser Sache etwas positives zu beschließen, höchstens könnte der Verbandstag in Form einer Resolution den Zahlstellen die Anstellung empfehlen. Es sind die Kollegen Krüger, Tangemann und Bonje-Braunschweig, die der Anstellung von Lokalbeamten das Wort reden, und zwar deshalb, weil, wie sie meinen, auf dem kommenden Verbandstag die Arbeitslosenunterstützung beschlossen wird. Durch deren Einführung würden die Bevollmächtigten in den größeren Städten mit mehr Arbeit befaßt, wie Kontrolle usw. Um diese Arbeiten aber zu bewerkstelligen, meinen sie, müßten wir zunächst die verschiedenen Zahlstellen in einer Großstadt, wie z. B. Hamburg, verschmelzen und dann besoldete Beamte anstellen. Ich glaube auch, daß die Arbeitslosenunterstützung auf dem kommenden Verbandstag eingeführt wird. Auch ich habe mich diesbezüglich bekehrt und bin aus einem Saal aus ein Saal geworden, und mit mir ein großer Teil Kollegen seit dem letzten Verbandstag. Aber für mich macht nicht die Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Anstellung von Lokalbeamten notwendig, sondern andere Gründe.

Die Kritik in den Gewerkschaften muß sich den Verhältnissen anpassen. Da finden wir, daß die Unternehmerverbände vieler Orte Arbeitsnachweise errichten und besoldete Sekretäre angestellt haben, deren Aufgabe besonders in Beobachtung der Gewerkschaftsbewegung besteht.

Und was diese Unternehmerorganisationen in den größeren Städten gemacht haben, das haben ihnen die Gewerkschaften nachgemacht, weil sie es nicht ihren Kollegen, die in der Verwaltung saßen, zumuten konnten, die Arbeiten nach Feierabend zu machen. Ich erinnere hier nur an Hamburg, um nur ein Beispiel herauszugreifen. Trotzdem diese Gewerkschaftler in Parteigeschäften oder Krankenkassen untergebracht sind, also in unabhängigen Stellungen, waren die Zahlstellen wie die der Metallarbeiter, Maurer, Schuhmacher, Holzarbeiter, Transportarbeiter usw. gezwungen, die Anstellung von Lokalbeamten vorzunehmen, damit diese die Agitation betreiben und die Entwicklung der Unternehmerorganisationen und ihre Kritik verfolgen, Arbeitsnachweise errichten konnten. Diese Beamten hatten die Aufgabe, Werkstätten-Versammlungen und Sitzungen mit den Vertrauensmännern aus den Fabriken und Werkstätten abzuhalten. Und die Früchte sind nicht ausgeblieben! Die Organisationen haben sich auch dementsprechend entwickelt. Und nun möchte ich alle Kollegen, aber insbesondere die in den Großstädten organisierten Kollegen die Frage vorlegen: Können unsere Bevollmächtigten, und wenn die Zahlstellen noch so klein sind, eine solche intensive Agitation entfalten wie jene, welche Lokalbeamte haben? Können unsere Bevollmächtigten Abend für Abend oder mindestens 2 bis 3 Abende in der Woche zur Leitung von Werkstätten-Versammlungen gehen, und dazu noch 2 bis 3 Stunden eher aufstehen von der Arbeit, daß sie nur hinkommen? Man sage nicht, wir haben in den Großstädten ja gar nicht so viel Fabriken, um unsere dann angestellten Kollegen zu beschäftigen! Und nun frage ich nochmals unsere Kollegen in den Großstädten, könnt ihr, die ihr in kapitalistischen Privatbetrieben beschäftigt seid, eine solche Agitation für die Organisation entfalten, ohne befürchten zu müssen, gemahregelt zu werden? Nein, das könnt ihr nicht!

Es kommt für uns in den Großstädten noch ein weiteres hinzu, das die Anstellung von Lokalbeamten notwendig macht. Nämlich die Errichtung von Arbeitsnachweisen. Hier wird mancher sagen: „Ja, du lieber, wer von den Herren Kapitalisten wird unsern Arbeitsnachweis in Anspruch nehmen?“ Ja, so einfach liegt die Sache aber nicht; für unsere Organisation ist in den letzten Jahren was anderes maßgebend geworden, was die Errichtung von Arbeitsnachweisen notwendig macht, nämlich: die Genossenschaftsbewegung. Diese hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht. Nun werden in den Genossenschaften eine ziemlich große Anzahl von Artikeln verbraucht, die in Fabriken, wo nur Kollegen beschäftigt sind, hergestellt werden, wie folgendes zeigt: Bismarckwaren, Licht- und Seifens-, Kuchens- und Makkaroni-, Stärkes- und Stärkesyrup-, Kakao- und Schokoladen-, Butter-, Käse- und Margarine-, Konserven- und Senffabriken usw. Und hinzu kommt, daß jetzt auch die Genossenschaften zur Eigenproduktion übergehen wollen, wie z. B. die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine beschlossen hat, eine eigene Seifenfabrik zu errichten. Und so geht es weiter mit der Genossenschaftsbewegung.

Und durch die Ausdehnung der Genossenschaften einerseits und die Entwicklung unserer Organisation andererseits könnten wir diese Unternehmen schon heute zwingen, soweit sie ihre Waren an die Konsumvereine absetzen, ihre Arbeitskräfte, die sie gebrauchen müssen, von unserem dann errichteten Arbeitsnachweis zu beziehen. Sind doch heute schon diese Unternehmer gezwungen, z. B. ihre Kutscher und sonstigen Transportarbeiter von dem Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes zu beziehen. Dazu gehören aber ein geregelter Arbeitsnachweis und eine starke Organisation am Orte. Auf diesem Gebiete können wir noch sehr viel erreichen zum Vorteil unserer Kollegen.

Wir können aber, wenn wir unsere Organisation ausbauen, auf diesem Gebiete sehr viel erreichen. Also nicht erst die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung macht die Anstellung von Lokalbeamten in den größeren Städten notwendig, sondern die von mir oben angeführten Arbeiten. Selbst dann, wenn die Arbeitslosen-Unterstützung diesmal sollte wieder abgelehnt werden, ist die Anstellung notwendig, deren Vorbedingung ist natürlich, wie schon vom Kollegen Bonje angeführt, die Zusammenführung mehrerer Zahlstellen zu einer einzigen. Die Versammlungen könnten doch so bleiben, wie sie jetzt sind, nur daß sie dann Bezirksversammlungen genannt würden.

H. Wiesenhütter, Hamburg.

Zur Aussperrung in Köslin.

In voriger Nummer berichteten wir, daß in Köslin 210 Verbandsmitglieder ausgesperrt sind. Es ist erinnerlich, daß im Jahre 1901 das Kösliner Unternehmertum eine umfangreiche Aussperrung vor-

genommen hatte. Die „Kösliner Zeitung“ schreibt zu der Aussperrung:

„Nun sind zwei Jahre seit dem letzten Arbeiterstreik verstrichen, und schon wieder kommen zunächst die bei Herrn von Tolarsky angestellten Arbeiter mit neuen Forderungen und verlangen nicht nur erhöhten Lohn, sondern auch kürzere Arbeitszeit. Infolgedessen fand gestern abend (30. April, Red. d. „Prok.“) eine zahlreich besuchte Arbeitgeber-Versammlung statt. Es wurde festgestellt, daß im allgemeinen wenig Aufträge in den einzelnen Betrieben vorliegen, so daß das Vorgehen der Arbeiter als nicht gerechtfertigt angesehen wurde. Es ist daraufhin einstimmig beschlossen worden, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen und im Falle einer Arbeits-einstellung bei Herrn von Tolarsky werden sämtliche Arbeitgeber ihre dem Verbands angehörigen Arbeiter so lange aussperrn, bis die Arbeit von den Streikenden in dem Betriebe des Herrn v. Tolarsky wieder aufgenommen ist.“

Nach dem Stettiner „Volksboten“ und den Behauptungen der beteiligten Kollegen stellt diese Notiz die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Vielmehr sollen sich die Dinge wie folgt entwickelt haben:

Die früheren Arbeiter beim Unternehmer Tolarsky, denen nur 20—22 Pf. Stundenlohn bei den Kanalbauarbeiten gezahlt wurden, verlangten, da sie die schwere und gesundheitschädliche Arbeit nicht für einen so niedrigen Lohn machen konnten, einen Stundenlohn von 25 Pf. Als diese Forderung nicht bewilligt wurde, nahmen die in Betracht kommenden Arbeiter ihre Entlassung und suchten sich anderweit Arbeit. Freilich, nachdem bekannt wurde, daß Herr Tolarsky nur einen sehr niedrigen Lohn zahle, kamen auch keine anderen Arbeiter, um die Stellen der früheren Arbeiter zu besetzen, und deswegen ruht die Kanalbauarbeit. Von einem Streik kann also hierbei eigentlich gar nicht gesprochen werden. Nun versuchten die übrigen Unternehmer aber zugunsten des Herrn Tolarsky folgenden Trick: Sie stellten an die Organisationsleitung, obwohl die Organisation mit der ganzen Sache nicht das geringste zu tun hatte, einfach die Forderung, die Organisation solle für die Wiederaufnahme der Arbeit sorgen, sonst würden sämtliche organisierten Arbeiter in Köslin ausgesperrt. Wie das die Organisation machen soll, die früheren Arbeiter des Herrn Tolarsky zum Wiedereintritt in ihr früheres Arbeitsverhältnis zu veranlassen, zumal diese Arbeiter mit ihren Forderungen gänzlich abseits jeder Organisation stehen, das dürfte den Scharfmachern in Köslin wohl selber noch unklar sein. Aber welche Erfolge die Unternehmer mit dieser Taktik erzielen, zeigt sich, wenn man betrachtet, daß die Friedensliebe und das Friedensbedürfnis der organisierten Arbeiter benutzt wird, um einem Unternehmer billige Arbeitskräfte zuzuschaffen. Denn wenn jetzt die Organisation dem Herrn Tolarsky nicht, die nötige Zahl von Arbeitern an Stelle der früheren Arbeiter stellt, so sperren die Kösliner Unternehmer eben alle organisierten Arbeiter aus. Man verlangt also allen Ernstes, die Arbeiterorganisation solle Herrn Tolarsky billige Arbeitskräfte verschaffen, sonst — erfolgt eine allgemeine Aussperrung! Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Dreistigkeit oder die Beschränktheit gewisser scharfmacherischer Kreise in Köslin.

Jene, welche diese neue Ausschungerung veranlaßt haben, in der Absicht, die Organisation zu zertrümmern und dadurch sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen, haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Vom sozialen Kampfplatze.

Dem Streik der Brauereiarbeiter in Hamburg ist ein Bierbojkott gefolgt. Der Zentralausschuß der Gastwirtevereine Hamburg-Altonas hatte vor kurzem den Versuch einer Vermittelung zwischen den Brauereien und den Brauereiarbeitern unternommen. Dieser Versuch ist gescheitert. Der Obmann der Gastwirte hat nämlich von dem „Versicherungsverband“ der Brauereien folgendes Schreiben erhalten:

„Hierdurch teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß der Versicherungsverband der Brauereien es ablehnt, auf der vorgeschlagenen Basis, nämlich: 1. Fast unveränderte Aufrechterhaltung der von den Brauereien als undisputabel und unannehmbar bezeichneten Forderungen; 2. Wiedereinführung der Arbeitsnachweis-Verhältnisse wie vor dem Ausstand; 3. Entlassung sämtlicher während des Streiks eingestellten Arbeiter gegen Wiedereinstellung aller Ausständigen, in Unterhandlung mit den Ausständigen zu treten.“

Darauf ist am 17. Mai durch Beschluß der Gewerkschaftskartelle von Hamburg, Altona und Wandsb. über fast sämtliche dortigen Brauereien der Boykott verhängt worden. Anerkannt haben bisher nur folgende Brauereien die Forderung, weshalb sie als geregelt gelten: J. G. Postelmann, Destillation der Gast- und Schankwirte Hamburg, E. S. in Darmbeck (nicht zu verwechseln mit Vereinsbrauerei Hamburg-Altonaer Gastwirte), Ottenfer Dampf-Bierbrauerei Rich. J. W. Behn und Brauerei Seibbrock bei Hamburg. Zuzug von Brauereiarbeitern, Hälfsarbeitern, Flaschenkellerarbeitern, Kutschern, Stalleuten, Maschinenisten, Heizern und Brauereiarbeitern nach Hamburg ist fernzuhalten!

— In Sprey haben Maurer- und Banarbeiterorganisation folgende Forderungen gestellt:

1. Die Arbeitszeit ist eine 10stündige, wie bisher.
2. Der Lohn beträgt für einen erwachsenen Arbeiter 35 Pf. pro Stunde (bisher 28—30 Pf.) Den Lohn von Arbeitern, welche durch Alter oder körperliche Leiden nicht imstande sind, volle Arbeit zu liefern, wird nach Uebereinkunft geregelt.
3. Der Arbeitslohn soll jeden Sonnabend abend 6 Uhr ausbezahlt sein.
4. Am Vorabend von hohen Festen soll eine Stunde früher Feierabend gemacht werden, ohne Abzug.
5. Zur Regelung bei Streitigkeiten, Differenzen sowie Arbeitsregelungen soll eine Kommission, bestehend aus 3 Mitgliedern der Arbeitgeber und 3 der Arbeitnehmer, gewählt werden und für die Dauer eines Jahres bestehen bleiben.

Wir haben gegen eine solche Forderung, welche sehr bescheiden und notwendig ist, absolut nichts einzuwenden. Einige unserer Verbandsgenossen werden in Mitleidenschaft gezogen.

Soziale Rundschau.

Ein Gummi-Kartell hat sich dieser Tage unter der Regide des Wiener Bankvereins gegründet. Dem Kartell gehören folgende Fabriken an: Vereinigte Gummimwarenfabriken Harburg = Wien, Oesterreichisch-Amerikanische Gummifabrik-Aktiengesellschaft, Reithoffers-Ungarische Gummimwarenfabrik, Asbest- und Gummimwerke Alfred Calmon A.-G., Sächsisch-Böhmische Gummimwaren-Aktiengesellschaft u. Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummimwarenfabrik. Der Verband wird die Fabrikate kontingentieren und die Verkaufspreise regulieren. Das Uebereinkommen setzt eine zehnjährige Dauer fest, doch tritt die sofortige Auflösung ein, falls eine neue Konkurrenzfabrik in Tätigkeit tritt. Der Verband wird das Stablisement der demnächst liquidierenden österreichischen Gummim-Industrie-Aktiengesellschaft ankaufen und deren Grundbetrieb einstellen. Ebenso wurde die österreichische Gummifabrik-Gesellschaft inf. der Borräte für 1,55 Millionen Kronen vom Gummi-Kartell erworben. Der Sitz des Verbandes wird Berlin sein, was die deutschen Gummifabriken als Bedingung ausgemacht haben, weil in Wien kein Gesetz besteht, das die Verträge schützt und Konventionen bestraft.

Die Trades Unions and Trades Dispute Bill, welche am 22. April 1904 vom englischen Unterhaus mit einer Mehrheit von 39 Stimmen angenommen wurde, erkennt das Streikpostenstehen, wenn es nicht mit Gewalttätigkeit verbunden ist, im Gegensatz zu den richterlichen Beschlüssen der letzten Zeit als berechtigt an. Gleichzeitig soll die Heranziehung der Gewerkschaftsvermögen zur Deckung der Verluste der Arbeitgeber bei Ausbruch von Streiks ihrer Arbeiter — wie in dem Taff-Bale-Fall — ausgeschlossen sein. Die Vorlage lautet:

1. Während der Einleitung und Fortsetzung einer gewerblichen Streitigkeit soll es einer oder mehreren Personen, die im Namen einer Trade Union oder einer anderen Verbindung handeln, gestattet sein, sich neben einem Hause oder Plage aufzuhalten, um Mitteilungen zu empfangen oder zu machen, oder um in friedlicher Weise eine Person zu überreden zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, oder um alle diese Zwecke auszuführen; solche Handlungen, wenn ohne Gewalt ausgeführt, sollen nicht als Bewachen und Besetzen im Sinne des siebenten Abschnittes des Gesetzes (betreffend Besetzung und Eigentumschutz) vom Jahre 1875 betrachtet werden. 2. Ein Uebereinkommen oder eine Verbindung von zwei oder mehreren Personen, um eine Handlung auszuführen oder ausführen zu lassen zur Einleitung oder Förderung einer gewerblichen Streitigkeit, soll nicht klagbar sein, wenn eine solche Handlung, von einer einzigen Person ausgeführt, nicht klagbar ist. 3. Eine Trade Union oder Verbindung darf auf Ersatz von Schäden, die von Mitgliedern der Trade Union oder Verbindung verursacht wurden, nicht angeklagt werden, außer wenn nachgewiesen wird, daß diese Mitglieder der Trade Union oder Verbindung im Sinne und unter der Autorität der Statuten der Trade Union oder der Verbindung gehandelt haben.

Im Parlament haben die Vertreter der Gewerkschaften ferner die Gründung eines Arbeiterdepartements mit der Aufgabe gefordert, Arbeitsgelegenheit für die zahlreichen Arbeitslosen zu schaffen. In der britischen Marine hat die Admiralität für die Maschinenarbeiter der königlichen Dock das Prämienlohnsystem eingeführt.

Korrespondenzen.

Essen. Am 8. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung. Es wurde die Wahl eines Dreigleiten zur Gassonferenz vorgeschlagen. Außerdem soll auf der Gassonferenz beantragt werden, den Sitz des Gases nach Essen zu verlegen. Der Gassonferenz soll alljährlich zwei Agitationstouren machen, eine im Frühjahr, die andere im Herbst. Die Beiträge für die Hauptkasse sollen beibehalten werden. Mehrere Kollegen tadelten die Zustände auf der Kruppischen Fabrik, besonders die der Restellanlage.

Hamburg-Hamm. In der Mitgliederversammlung am 11. Mai hielt Genosse Oelmann einen Vortrag über Wilhelm Tell. Redner besprach zunächst die wissenschaftliche Literatur vom 18. Jahrhundert, um dann das Leben und Wirken Schillers zu schildern, und erläuterte dann die Werte Schillers. Redner hatte mit seinem Vortrag der Versammlung einen ganz schönen Abend geboten, wofür ihm der wohlverdiente Beifall zuteil wurde. Es wurde alsdann beschlossen, die Wahl eines Dreigleiten zum Verbandsstabe in einer außerordentlichen Versammlung vorzunehmen. Die Brauer- und Brauereiarbeiter sind in einen Streik getreten. Von unseren Kollegen sind auch

an 50 Personen, vielleicht auch mehr daran beteiligt. Die Verbandsmitglieder können die Sache der Streikenden dadurch fördern, daß sie nur Bier aus solchen Brauereien trinken, die ihrem Personal die Forderungen bewilligt haben; in zweifelhaften Fällen müssen sie sich ganz des Biertrinkens enthalten.

Seilbrunn. Der Nahrungsmittelfabrik C. G. Knorr unterbreitete unsere Organisation folgende Forderungen: Zehnpromzentige Lohnerhöhung, Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Für Ueberstunden, Nach- und Sonntagsarbeit 30 Prozent Zuschlag, Einföhrung eines Arbeiterausschusses. Die Firma antwortete, daß sie dem neugewählten Ausschuss die Forderungen unterbreiten werde. Das ist auch geschehen. Die Verhandlungen mit diesem hatten ein die Kollegen befriedigendes Resultat. Die gewährte Lohnerhöhung bewegt sich zwischen 8 bis 12 Prozent. Die Einföhrung einer kürzeren Arbeitszeit eventuell auf 9 1/2 Stunden ist in Aussicht gestellt. Es liegt nunmehr an den dort arbeitenden Kollegen und Kolleginnen, es sind insgesamt 650 Personen, die da arbeiten, dafür zu sorgen, daß das Zugeständene auch gehalten wird. Auch der letzte noch fernstehende Kollege, desgleichen Kollegin, muß der Organisation beigetreten werden.

Jahnitz. Am 8. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurden die Arbeitsverhältnisse auf der Jahnitzer Ziegelei einer Besprechung unterzogen. Besonders die schlechte Behandlung ist es, welche die Kollegen bedrückt. Wenn die Kollegen eine Besserung sich verschaffen wollen, dann können wir ihnen nur den Rat geben, sich der Organisation anzuschließen, dann können sie auch an die Erreichung besserer Bezahlung und günstiger Arbeitsbedingungen denken. Die bislang vorherrschend gewesene Uneinigkeit verschuldet alles.

Kiel. Dienstag, den 10. Mai, tagte eine öffentliche Versammlung. Kollege Lemmhorn aus Hamburg referierte über das Thema: „Die Arbeiter im Klassenkampf.“ Redner wies darauf hin, daß sich die sozialen Gegensätze verschärften, die Klasse zwischen reich und arm immer größer werde. Der Unternehmer habe ein ökonomisches Uebergewicht den Arbeitern gegenüber. Bei Kämpfen können Polizei und Gerichte den Arbeitgebern noch zur Hilfe. Anstatt Hilfe den Schwachen zu gewähren, helfe man den wirtschaftlich Starren. — Es ließen sich 19 Personen als Mitglieder aufnehmen.

Köln (Rhein). Am 27. April tagte im Lokale des Herrn v. d. Heyden eine außerordentliche Mitgliederversammlung, weil die Bevollmächtigten zum Teil ihre Mandate niedergelegt hatten. Der jetzige erste Bevollmächtigte Walder, dessen Verhalten die Veranlassung zu der Versammlung war, erklärte vor Eröffnung seinen Austritt aus dem Verband. Damit hat er dem sicheren Ausschlag vorgebeugt. Im Verlaufe der Verhandlungen zeigte es sich nun, daß der Rückgang der Zahlstelle Köln wesentlich den Mangel an diesem Mannes zurückzuführen ist. Es genügte ihm nicht, fortwährend Zwistigkeiten in den Versammlungen hervorzurufen, er ging auch dazu über, die Leitung und Kollegen zu verleumdern. Zur Fernziehung dieses Mannes möge dienen, daß er erstens drohte, einzelne Kollegen bei der Polizei anzuzeigen und zweitens seinen Austritt zu den „Christlichen“ kundgab. (Dann glückliche Aufnahme! D. R.) Dies wird manchem von jenen Kollegen die Augen öffnen, die bislang Walder ihr Vertrauen noch schenkten. Eine ganze Anzahl Kollegen atmet ordentlich auf darüber, daß wir diese Person endlich los geworden sind. Die vorgelegenen Kollegen gelobten, alles zu tun, um das wieder gut zu machen, was der Mann verbrochen. Aber auch jeder Kollege, der es ehlich mit der Kollegenschaft meint, soll künftig mitarbeiten, damit die Kölner Zahlstelle wieder zur Blüte gelangt.

Weissen. Am 14. Mai hielt die hiesige Einzelmitgliederversammlung im „Ehrenhaus“ eine lebhafte und besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Herzog erläuterte das Wesen und die Bedeutung der Verbandstage im allgemeinen. Speziell unser diesjähriger Verbandstag habe eine Reihe wichtiger Aufgaben zu erfüllen. In den Vordergrund wird die Einföhrung der Arbeitssilos unter die Tätigkeit treten. Daß diese bei einem geringen Aufschlag der Beiträge durchführbar ist, beweist Redner an der Hand statistischer Aufzeichnungen. Die Versammlung erklärte sich auch einstimmig für die Einföhrung. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Herzog mit 157 und als Ersatzmann Kollege Krause mit 142 Stimmen gewählt. Am 2. Punkt wurde beschlossen, eine Unterabteilung zu bilden bei Steuerfällen einzuwirken. Diefelbe soll freiwillig sein, bei Gewerbesteuer 10 Pf. und bei Kindern 5 Pf. betragen. Es wird von Fall zu Fall erhoben und zwar in Form einer Abgabe. Wer sich aber einmal daran bewilligt hat, soll sich nicht davon abziehen lassen, wenn er Augen davon haben will. Das Organisationskomitee wurde einer dreigliedrigen Kommission überwiesen. Unter Gemeindeführer wurden die Kollegen in der Christian Zeiger'schen Fabrik einer Kommission unterzogen. Es wurde von der Ortsverwaltung bekannt gegeben, daß zur Regelung dieser Angelegenheit in nächster Zeit eine Fabrikversammlung abgehalten werden soll. Da unter dem Vorsitzenden, Kollegen Herzog, sein Arbeitsverhältnis gefährdet werden ist, so wurde nach eingehender Besprechung diese Angelegenheit als Hauptregelung betrachtet.

Wiesbaden. Am 15. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung. Es wurde die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage vorgenommen und über die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung gesprochen, deren Einföhrung besprochen wurde. Am Schluß wurde darauf angesetzt gemacht, daß das Lokal des Herrn August Segler für Versammlungen nicht zu haben ist, woraus der Schluß gezogen werden muß, daß der Herr Arbeiter, bezüglich auch Verbandsmitglieder nicht genau in diesem Lokal sein. Daher sollten ihn unsere Verbandsmitglieder nicht bestrafen.

Worms. Am 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, tagte im Vereinslokale unsere Mitgliederversammlung. Kollegin Ziegler sprach über den nächsten Verbandstag und die Einföhrung der Arbeitssilosunterstützung. Rednerin zeigte an Beispielen und Zahlen den günstigen Einfluß, den die Gewährung der Arbeitssilosunterstützung auf die Organisationsarbeit ausübt, und schloß daraus auf die Notwendigkeit, welche eine Abklärung haben würde. Es wickelte sich die Diskussion über die Aufstellung besonderer Komitees, deren Bestimmung für den 17. Dieser Komitee sollte sein. Damit eine rege Agitation entfaltet werden könne. Rednerin als Berichtspunkt habe wohl Rücksicht darauf, dass der Vorstand am Orte zu haben. In der Debatte sprach man sich für die Einföhrung der Arbeitssilosunterstützung aus. Dann wurde die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage vorgenommen.

Worms. Sonntag, den 21. April, vormittags 11 Uhr, tagte unsere Delegierten-Versammlung im „Agathe-Haus“ zu Worms. Kollege Redner hielt einen Vortrag über die Arbeit in Österreich. Er sprach für seinen interessanten Vortrag höchsten Dank. Dann sprach der zweite Rednermann über die Arbeitssilosunterstützung und wurde ihm der Dank ausgesprochen. Redner sprach von der Gewährung der Arbeitssilosunterstützung, die es ermöglicht mit dem Verbandstag beizutreten. Deshalb wurde nicht weiter über den Bericht diskutiert. Weiter wurde Kollege Z. als Delegierter des Komitees, daß wir nun endlich ein Komitee für die Arbeiterbewegung bilden und das Komitee dafür sorgen, daß es in der Lage ist, die Arbeitssilosunterstützung zu fördern. — Kollege Z. teilte noch mit, daß durch die Arbeitssilosunterstützung der organisierten Arbeiter schon viel

tungen worden sei, und er forderte deshalb die Anwesenden auf, die nicht organisiert sind, unserem Verband beizutreten. — Dienstag, den 26. April, tagte eine öffentliche Versammlung im „Deutschen Haus“ zu Pöschel, in der Frau Ziegler referierte. In der Debatte sprachen der Gen. Löbe und Frau Wadwig im Sinne der Referentin. Genosse Böhm forderte die Kollegen auf, sich lebhaft an der Arbeit zu beteiligen. Kollege Wolf ersuchte die Mitglieder, in den Konsumverein einzutreten, um denselben fördern zu helfen und beizutreten das Wesen des Rabattmarkenvereins. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Worms. Am Freitag, den 29. April, abends 8 Uhr, tagte unsere Versammlung im Lokale des Gastwirts Herrn Louis Gierke. Sie war sehr gut besucht. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben, erläuterten Kollege Schreiber und Kollege Buchholz Bericht über die Verhandlungen, die bis jetzt mit den Arbeitgebern in der Kommissionsitzung stattgefunden haben. Es wurde hervorgehoben, daß nur mit Aufbietung aller Kräfte eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden erreicht sei, dagegen seien die Arbeitgeber für eine Lohnerhöhung von 1 Mt. pro Tausend auf 1,10 resp. auf 1,05 Mt. für Streichen nicht zu haben. Die Arbeitgeber gaben in der Kommissionsitzung als Grund ihrer Weigerung die Ueberfüllung des Weltmarktes mit Ziegelsteinen an. Von den bis jetzt produzierten Ziegelsteinen seien noch keine verkauft, auch könnten die Unternehmer von der Bank kein Geld bekommen. Bemerkte sei hierzu, daß hier in Worms täglich Steine verladen werden. Allem Anschein nach ist eine sehr große Nachfrage vorhanden und der Preis wird auch kein niedriger sein. In der nun eröffneten Diskussion erklärten mehrere Kollegen, daß doch wenigstens eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Tausend erreicht werden müsse, denn nach ihrer eigenen Erfahrung sei die Konjunktur eine günstige, die Arbeitgeber könnten ruhig die 5 Pfennig zulassen, ohne daß sie einen wirtschaftlichen Schaden davon hätten, denn der Preis für die Steine wäre immerhin gestiegen. Es wurde nun nochmals von den Bevollmächtigten bemerkt, daß die Arbeitgeber durchaus nicht für eine Lohnerhöhung zu haben seien und würden es schlimmsten Falls auf einen Streik antworten lassen, den wir doch so viel wie möglich vermeiden wollen. Nachdem noch verschiedene Kollegen sich bei Nichtbewilligung der 5 Pfennig pro Tausend für eine Arbeitsniederlegung ausgesprochen hatten, wurde vom Vorstand nochmals auf die Folgen eines unbeachteten Streiks hingewiesen und hiernach wurde dann zur Abstimmung geschritten. Diefelbe ergab, daß ein Drittel der Versammlungsbesitzer für Einstellung der Arbeit waren und zwei Drittel dagegen.

— Infolge der Weigerung einiger Ziegeleibesitzer, die zehntägige Arbeitszeit zu gewähren, wurden unsererseits neue Verhandlungen geführt. Mit dem Arbeitgeberverband der Ziegeleibesitzer von Uedermünde und Umgebung ist nunmehr die zehntägige Arbeitszeit vereinbart. Bezüglich der Lohnfrage hat der Arbeitgeberverband einen Beschluß gefaßt, welcher sich aus folgendem Schriftstück ergibt:

Uedermünde, 16. Mai 1904.
An den Vorstand der Lohnkommission der Arbeitnehmer, hier.

Infolge unserer persönlichen Unterredung am Freitag ist in der Versammlung der Arbeitgeber am Sonnabend, den 14. Mai, beschlossen, den Streiklohn für die ganze Kampagne 1904 pro 1000 auf 1 Mark festzusetzen. Nachstehenden Firmen ist infolge schwieriger Verhältnisse gestattet, 5 Pfennig pro 1000 mehr zu bewilligen, nämlich Max Berndt hier, Berndt Wm. hier, Herrn Schulz hier, August Müller hier, C. Worliger Wm. hier, Witte u. Komp., Bogeljang, C. Oldenburg, Eggerin, C. A. Meißter hier. Eine Versammlung, die am 20. Mai tagte, hatte endgültig über die Lohnbewegung Beschluß zu fassen. Nach der Berichterstattung wurde angesetzt, daß die Lohnkommission noch mit einigen Firmen, bei denen der Lohn der Arbeit erachtet, wegen des Aufschlags von 5 Pf. verhandeln soll. Im übrigen sprachen sich die Redner, auch der Kollege Frey aus Hannover, für Abschluß der Lohnbewegung auf Grund der gemachten Zugeständnisse aus. Die Versammlung beschloß auch dementprechend. Es ist somit erreicht: die 10-tägige Arbeitszeit und ein für die ganze Kampagne geltender Preis von 1 Mt. pro Tausend. Früher wurden, wenn der Schluß der Kampagne nahe, Abzüge gemacht, oft herunter bis zu 85 Pfennig pro Tausend.

Worms. Am Mittwoch, den 4. Mai, tagte bei Wader die regelmäßige Monatsversammlung unserer Zahlstelle. In derselben referierte Kollege Bogt über die Einföhrung der Arbeitssilosunterstützung. Redner erläuterte alle Gründe, welche seitens der Gegner dieser Unterstüfung angeführt würden, und bekannte, daß er selber selbst Gegner gewesen sei. Jedoch sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nur im Interesse der Weiterentwicklung des Verbandes sowohl wie im Interesse der Mitglieder stehe, wenn die Arbeitssilosunterstützung eingeführt würde. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, den zu wählenden Delegierten zum Verbandstage zu beauftragen, für Einföhrung der Arbeitssilosunterstützung zu kämpfen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zum Verbandstage, wurde zunächst die Wahlkreiseinteilung bemängelt, da Zahlstellen, welche geographisch weit auseinander liegen, zusammengepackt, wohingegen andere Nachbarkreise nicht zu einer Zahlkreise vereinigt seien. Beschlossen wurde, an den Verbandstagen den Antrag zu stellen, unser Fachorgan, den „Proletarier“, um einen halben Bogen zu vergrößern. Ferner wurde Kollege Oskar Komowski als Delegierter für den Verbandstag in Joristag gebracht. Nachdem noch verschiedene Mitglieder in Joristag kritisiert, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. — Am Sonntag, den 8. Mai, fand eine öffentliche Agitationsversammlung im Gingen statt. Als Referent war Kollege Lemmhorn-Hamburg erschienen, welcher den Versammlungsbesitzern einen Bericht über die arbeitende Klasse im Kampfe ums Dasein hielt. Es wurden zwei Mitglieder gewonnen. Da jedoch bereits einige Mitglieder dort vorhanden sind, soll die Agitation auch ferner in dieser Ortschaft betrieben und später auch ein Hilfskassierer dafelbst ernannt werden. Dardurch wird es möglich sein, dem Verbands noch mehr Mitglieder zuzuföhren.

Zülchow. Unsere Zahlstelle hielt Sonntag, den 15. Mai, eine außerordentliche Versammlung ab, die sich mit den Kandidaturen zum Verbandstage aus unserer Zahlkreise befaßte und beschloß, den Kollegen A. Sefer als Kandidaten beizubehalten. Hiernach sprach Kollege Sefer über die Pflichten und Rechte der Verbandsmitglieder. Es genüge nicht, wenn man Mitglied sei und Beiträge zahle, man müsse auch in allererster Linie die Versammlungen besuchen und agitieren, um immer mehr neue Mitglieder der Organisation zuzuföhren und Anschuldigungen vermeiden zu können. Nur wenn die gewerkschaftliche Organisation kräftig gehet, ist es erst möglich, auch hier am Orte bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die hiesigen Fabrikanten würden es auch dann nicht weigern, Arbeiter mit 25 oder wie der Vulkan sogar mit 22 Pf. Stundenlohn einzustellen. Auch die Mitglieder dürften dann nicht verstanden sein, wie solche sich in letzter Zeit auf den hiesigen Werken verhalten wie auf den Odenwerken herausgestellt haben. Ferner wurde den Arbeitern der Grabower Kupfersteinfabrik „Sommer“ der Vorwurf gemacht, daß sie von morgens 5 bis 8 Uhr abends arbeiten. Dagegen hätten die Arbeiter doch energig Protest erhoben und sich mit einer kürzeren Arbeitszeit begnügen müssen. Die Fabrik könne ja mehr Arbeiter einstellen, es ließen sich auch genügend Arbeiter hier auf der Straße herum. Dann wüßten wir noch bei der Polizeibehörde angefragt haben, ob es angängig

ist, daß auf der letztgenannten Fabrik die Arbeiter jeden Sonntag von morgens 6 bis nachmittags 4 Uhr arbeiten dürfen? Dann wurden noch von einem Kollegen die Entlassungen der organisierten Arbeiter vom Vulkan gerügt. Er, Redner, habe sechzehn Jahre ununterbrochen auf dem Vulkan gearbeitet und sei im Jahre 1902 wegen Mangels an Arbeit entlassen worden. Er ist aber schon wieder ein paarmal in der glücklichen Lage gewesen, Annahmeföhne vom Vulkan zu bekommen. Aber jedesmal hat er nicht den Schein zur ärztlichen Untersuchung bekommen. Nach langem Hin- und Hergehen bei verschiedenen Beamten, warum sie ihm diesen Schein nicht geben wollen oder woran es liegt, daß er auf dem Vulkan keine Arbeit bekomme, wurde ihm gesagt, es tut uns ja leid, daß Sie arbeitslos sind, den Grund aber wissen wir nicht. Daß dieselben nicht frei und offen dem Arbeiter sagen: Ja, wegen deiner Zugehörigkeit zum Verbands und deines agitatorischen Auftretens bist du entlassen und kannst hier keine Arbeit mehr bekommen, sei feige. Aber Redner würde auch ohne den Vulkan fertig. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Schluß.

Zwickau. Am 15. Mai tagte im „Brauereischloß“ eine öffentliche Versammlung. Es referierte der Kollege Frenzel aus Leipzig über: „Zweck und Nutzen der Organisation.“ Die Ausführungen stelen auf fruchtbaren Boden. Liegen sich doch 13 Kollegen in den Verband aufnehmen. Der Erfolg ist geeignet, uns zu erneuter Agitation für unsern Verband anzuspornen.

Zur Wahlkreiseinteilung.

Worms wählt im 42., Oberursel im 46. und Blauen im 22. Wahlkreise.

Die Zahlstelle Ocherleben hat die Zustimmung erhalten, einen monatlichen Extrabeitrag von 5 Pf. zu erheben.

Die Zahlstelle Neumünster erhebt ab 15. Mai von den im Baugewerbe beschäftigten Kollegen während der 8 Sommermonate einen monatlichen Extrabeitrag von 25 Pf.

Kandidaturen zum Verbandstage:

- 1. Wahlkreis: C. Fische, Hannover.
- 22. Wahlkreis: August Heintzel, Landslut.
- 30. Wahlkreis: Herm. Treichel, Kolberg.
- 30. Wahlkreis: A. Sefer, Zülchow.
- 36. Wahlkreis: Fr. Stahl, Zuffenhausen.
- 49. Wahlkreis: S. Winkens, Eimsbüttel.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 96 496, ausgestellt in Charlottenburg auf den Namen Emilie Elbert.
Nr. S III 26 264, ausgestellt am 8. September 1901 in Rothenburgsort auf den Namen G. Pietrova.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Altona. M. Baskinen, Deverserstraße 11 I.
Nürnberg. Kesselschall bei Karl Herrmann, Alexanderstraße 4, abends von 1/7 bis 1/8 Uhr.
Evanbau. Karl Biedke, Seidestraße 24.
Schöningen. S. Wassermann, Ritterstraße 2.
Schorndorf. (Gau 13.) Karl Wahl, Rammelgasse 264.

Briefkasten.

Für Einsender von Berichten! Anträge zum Verbandstage erwählen wir in den Versammlungsberichten nicht. Wir schreiben sie auch nicht ab. Sie sind uns vielmehr schriftlich auf besonderem Papier, das nur auf einer Seite beschriftet werden darf, einzuföhren. Klagen über schlechten Verammlungsbesuch, Aufforderungen zum besseren Verammlungsbesuch veröffentlichen wir auch nicht. Außerdem müssen wir Abrechnungen und Beschlüsse über Festlichkeiten unermöhnt lassen. Fehrenheim. Abdruck des Berichtes nicht möglich. Warum? Siehe unter Briefkasten der vorigen Nummer.

Oberschöneweide. Der Verbandstag zu Halberstadt wollte aber nicht, daß das Statut zweifach ausbezahlt wird, daher beschloß er, dem Statut die Worte „eine“ einzuföhren.

Die Redaktion.

Inserate.

Zahlstelle Charlottenburg.
Sonntag, den 4. Juni, findet im großen Saale des „Volkshauses“, Rosinenstraße 3, unser

6. Stiftungsfest
statt. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen. Die Bevollmächtigten.
J. A. A. Vogt.

Zahlstelle Neumünster.
Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokale bei Kellermann, Pflaumenstraße. Tagesordnung: 1. Anträge zum Verbandstag. 2. Stiftung eines Fahnenfonds usw. Sämtliche Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen.
1,20 Mt.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Reinfeld i. S.
Das Vereinslokale befindet sich im Gasthof „Zum Seegarten“, Reuhof. Mitunterstützung zahlt Kollege Rib abends von 7—8 Uhr in der Wähe aus. [75 Pf.]

Zahlstelle Belten i. M.
Sonntag, den 28. Mai, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei H. Thiele. Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag und Delegiertenwahl. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
1,05 Mt.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Wittenberge.
Sonntag, den 29. Mai: Versammlung. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. 2. Anträge zum Verbandstag. In dieser Versammlung muß jedes Mitglied erscheinen.
1,05 Mt.] Die Bevollmächtigten.

Slomke's Städtebuch.
Herausgeber durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Vegetation, 356 Seiten, geb. 1,20 Mt. In allen Buchhbl. zu haben oder gegen Einsf. von 1,40 Mt. bei G. Slomke's Verlag, Wiesfeld.